

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 80 38/39  
Telex: 8 66 846 ppbn d  
Telefax: 21 08 64

## Inhalt

Brigitte Schulte MdB zur Anzeigenkampagne der Bundesregierung zum Staatsvertrag in den regionalen und überregionalen Tageszeitungen: Steuergelder für Wahlkampfzwecke verschwendet.

Seite 1

Gernot Erler MdB zum bevorstehenden Parteitag der sowjetischen Kommunisten: Gorbatschow kann nur noch ein Wunder helfen.

Seite 2

Otto Schuhmann MdL und Dr. Heinz Köhler MdEP zum Erfordernis, den Gebieten, die morgen das Herz Europas bilden, wirksam zu helfen: Die Union will die Zonenrandförderung auslaufen lassen.

Seite 3

45. Jahrgang / 122

29. Juni 1990

### Steuergelder für Wahlkampfzwecke verschwendet Zur Anzeigenkampagne der Bundesregierung zum Staatsvertrag in den regionalen und überregionalen Tageszeitungen

Von Brigitte Schulte MdB  
Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion

Die aus Steuergeldern finanzierte Werbekampagne der Bundesregierung zum Staatsvertrag (insgesamt 25 Millionen DM) ist in allen großen Tageszeitungen am Mittwoch dieser Woche angelauten. Die Einzelanzeigen werden von den Großfotos von Bundeskanzler Helmut Kohl, Finanzminister Theo Waigel und Arbeits- und Sozialminister Norbert Blüm beherrscht und durch so nichtssagende Sätze wie zum Beispiel:

- "Der Staatsvertrag ist eine entscheidende Grundlage für eine gute Zukunft in Freiheit und Einheit. Jetzt müssen wir gemeinsam diese Chance nutzen."

- "Anhaltender wirtschaftlicher Aufschwung schafft eine ausgezeichnete Basis für die Vereinigung Deutschlands."

- "Mit der Sozialunion wächst die Sicherheit für uns alle" ergänzt.

Informationen über den Staatsvertrag selbst sucht man vergeblich.

Die Bundesregierung muß sich fragen lassen, ob diese Art von Öffentlichkeitsarbeit noch mit dem Verfassungsauftrag vereinbar ist.

Vom Bund der Steuerzahler, der sonst in diesen Fragen als erster harsche Kritik übt, hört man dazu kein Wort.

Die Kampagne macht deutlich:

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenlos für Lesende  
mit wertvoller Rückmeldung  
Kreuzung-Papier



1. Die notwendige Sachinformation des Bürgers bleibt auf der Strecke und wird durch die Selbstdarstellung von Mitgliedern der Bundesregierung (Bilder und Köpfe) ersetzt.

Mit Bildern und flotten Sprüchen der PR-Strategen des Bundespresseamtes werden die Fragen zur Zukunft nach dem 1. Juli 1990 offen gelassen; strittige Fragen erst gar nicht erwähnt.

2. Die hohen Kosten für die Anzeigenserie (über neun Millionen DM) sind eine nicht zu überbietende Verschwendung von Steuergeldern für Wahlkampfzwecke.
3. Die einseitige Nutzung der Anzeigenserie für Wahlkampfzwecke verletzt die Grundsätze des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes von 1977.

Fazit: Hohe Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit zu Wahlkampfzwecken bei gezielter Desinformation des Bürgers ist eine Verschwendung von Steuergeldern und macht die Politik der Bundesregierung nicht besser. Die Verunsicherung und die Bedenken vieler Bürger in Ost und West über die Auswirkungen des Staatsvertrages in der Zukunft werden durch diese Kampagne sicher nicht ausgeräumt.

(-/29.6.1990/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### Gorbatschow kann nur noch ein Wunder helfen Zum bevorstehenden Parteitag der sowjetischen Kommunisten

Von Gernot Erler MdB

Mikhail Gorbatschow ist nicht zu beneiden um die Situation vor dem 28. Parteitag, der am kommenden Montag beginnt und dessen Ende und Ergebnisse nicht abzusehen sind. Die Parteiführung geht mit einem "Entwurf für ein neues Parteistatut" in diesen Parteitag, das wieder einmal einen Mittelweg vorschlägt, gerade deshalb aber von den auseinanderdriftenden Flügeln der KPdSU unisono verdammt wurde.

Die Idee, statt des bisherigen Generalsekretärs einen Parteivorsitzenden als Chef des Präsidiums des Zentralkomitees zu schaffen und ihm einen für die Ausführung von Beschlüssen zuständigen "Ersten Sekretär" beizuordnen, überträgt Strukturen, die sich inzwischen bei den Sowjets auf verschiedenen Ebenen durchgesetzt haben, auf die Partei: Die ideologische Leine soll künftig lockergelassen werden bis hin zum Recht von Parteimitgliedern, "Plattformen" zu formulieren. Der Begriff "Plattform" ist in der Geschichte der KPdSU allerdings praktisch identisch mit der Bildung von Fraktionen. Deshalb verwundert es, daß sich der Entwurf andererseits gegen die Aufspaltung der Partei in Fraktionen ausdrücklich verwahrt. Den Republik-Parteien wird aber doch mehr Selbständigkeit zugestanden, bis hin zum Recht, eigene Positionsbestimmungen ("Dokumente") zu verabschieden. Die Partiformationen in der Armee und im Innenministerium sollen bestehen bleiben, was wiederum ein Affront gegen die Befürworter einer strikten Trennung von Partei und Staat darstellt.

Alleine diese Punkte aus dem Entwurf machen deutlich: Das ZK glaubt mit einer Linie der mechanischen Mitte zwischen den inzwischen immer unversöhnlicher werdenden Fraktionierungen innerhalb der KPdSU durchzukommen. Die Trompetentöne, die der Führung am Vorabend des Parteitages entgegenhellen, heißen nichts Gutes für die Chancen dieses Versuches. Der Vormann der rechten Kritiker Gorbatschows, Jegor Ligatschow, hält nichts von Meinungsfreiheit innerhalb der Partei, wenn sie bestimmte Grenzen überschreitet. Und diese sind für ihn immer noch durch die verbindlichen Aussagen des Marxismus-Leninismus und die Prinzipien des "Demokratischen Zentralismus" gezogen. Wer das nicht akzeptiere, solle doch außerhalb der KP sein Glück versuchen.

Die linken Kritiker Gorbatschows von der "Demokratischen Plattform" drohen offen ihren Austritt aus der Partei an (und rechnen damit, daß sie dabei zwei der 19 Millionen Mitglieder mitreißen könnten), wenn die Halbherzigkeiten des Statutenentwurfs sich durchsetzen sollten. Sie stehen noch unter dem Schock des Gründungskongresses der Russischen KP, auf dem sich letztlich die Konservativen durchgesetzt und ihren Vertreter Poloskow als Gegengewicht zu dem populistischen Reformler Jelzin durchgesetzt haben. Inzwischen scheint es schon nur noch um die Frage zu gehen, ob ihr Austritt dann eine Spaltung der Partei sein wird oder eben nur einfach ein Austritt von vielen frustrierten Mitgliedern.

Eigentlich kann Gorbatschow nur noch ein Wunder helfen. Er hat sich offengehalten, ob er für den Parteivor-sitz weiter zur Verfügung steht. Sein Dilemma ist, daß er sich mit der an Machtbefugnissen reichlich ausgestatteten Präsidenten-Position zwar einen Stuhl außerhalb der Partei gezimmert hat, auf der anderen Seite aber erkennen muß, daß dieser Stuhl auf schwankendem Boden steht. Die Selbständigkeitserklärungen von bisher sieben Sowjetrepubliken, wenn auch von unterschiedlichem Wirkungsgrad, besonders aber die eigenen Wege, die die riesige RSFSR unter Jelzin einschlägt, haben ihm die Grenzen des Präsidentenamtes aufgezeigt. Wo ist seine Basis, wenn er sie nicht mehr in der Partei findet? In Wirklichkeit hängt Gorbatschow aufgrund der jüngsten Auseinanderentwicklung der 15 Unionsrepubliken und der anhaltenden Erfolglosigkeit seiner Perestrojka mehr von der KPdSU ab, als ihm lieb sein kann. Die Konservativen haben sich mit dem Vorlauf in der RSFSR eine günstige Ausgangsposition geschaffen für den 28. Parteitag. Wenn sie den Bogen nicht überspannen, können sie am Ende als Sieger von der Bühne kommen. Bis sich außerhalb der KP eine neue verlässliche politische Basis entwickelt, wird viel Zeit vergehen. Zulange für Gorbatschow, um darauf warten zu können. Die Reformler haben ihre Befürchtungen schon artikuliert: Gorbatschow muß dann noch mehr Kompromisse mit den alten Haudagen des Marxismus-Leninismus machen als bisher schon. Dabei könnte "Perestrojka" als Sammelbegriff für die so dringend notwendigen Reformen endgültig zur hohlen Phrase werden.

(-/29.6.1990/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Die Union will die Zonenrandförderung auslaufen lassen**

**Zum Erfordernis, den Gebieten, die morgen das Herz Europas bilden, wirksam zu helfen**

**Von Otto Schuhmann MdL und Dr. Heinz Köhler MdEP**

Bei der Zonenrandförderung verfahren CDU und CSU nach dem Beispiel der "Salami-Taktiker". Mit jeder Woche werden ihre wahren Absichten deutlicher, die Zonenrandförderung in diesem Jahr auslaufen zu lassen, um die so einzusparenden 20 Milliarden Mark schnellstens zur Finanzierung des "Fonds deutsche Einheit" flüssig zu haben. So plädierte der Leiter der Bonner Vertretung der EG-Kommission, Gerd Langguth, für ein "schnelles Ende" der Zonenrandförderung und verwies auf die "relative Wohlhabenheit des Landstreifens", die "staatliche Subventionierung auf Dauer" nicht rechtfertige. Diese Äußerung ist sicher mit dem Bundesfinanzminister und CSU-Vorsitzenden Theo Waigel abgesprochen.

Den nächsten Schritt wird dann die EG-Kommission in Brüssel selbst vollziehen, wenn sie ihre derzeit laufende Überprüfung der deutschen Regionalhilfen abgeschlossen hat. Das Ergebnis ist absehbar: Schließlich hat der Bonner EG-Vertreter schon deutlich gemacht, daß man die bisher benachteiligten Gebiete seit der Grenzöffnung als "geographisch und regional privilegiert" und damit als "förderungsunwürdig" ansieht. Die Bevölkerung der bisherigen Grenzgebiete und die dort ansässige Wirtschaft sollen sich demnach darauf einstellen, daß ihr die regierende CDU/CSU-FDP-Koalition diesen Geldhahn wahrscheinlich zur Jahresfrist zudreht.

Daß die Regierungen in Bonn und München mit dieser Wahrheit nicht herausrücken, ist ein verantwortungsloses Täuschungsmanöver. Begonnen hat es im Februar. Kurz nachdem sich der bayerische Ministerpräsident Streibl und sein Staatssekretär Spitzner noch eindeutig für den Beibehalt der Förderung ausgesprochen hatten, gab der CDU-Vorsitzende Waigel auf dem kleinen CSU-Parteitag in Augsburg am 17. Februar kund, daß "den Kosten der Einheit die Kosten der Teilung gegenübergestellt" werden müßten. Wir hatten daraus geschlossen, daß die Zonenrandförderung offenbar gestrichen und zur Finanzierung der Einigung genutzt werden solle, das wurde vom Sprecher der CSU-Landesleitung aber umgehend dementiert. Theo Waigel habe die Zonenrandförderung "ausdrücklich nicht in Frage gestellt", hieß es.

Unsere Forderung, die Regierung solle der Bevölkerung "reinen Wein einschenken", wiegte die CSU als "Wahlkampfgeplänkel" ab. Die Staatsregierung werde nie und nimmer an der Zonenrandförderung rütteln. CSU-Fraktionsvorsitzender Glück befürchtete zwar, daß die Förderung auf Dauer nicht gehalten werden könne, aber "hier müssen wir stark bleiben", meinte er in einem Zeitungsinterview. Und der Regierungssprecher in Bonn setzte am 21. Februar sogar noch eins drauf. Er meinte, die Bonner Zonenrand- und Berlin-Förderung werde "trotz der angestrebten deutschen Einheit möglicherweise für eine Übergangszeit höher als bisher ausfallen".

In der Folgezeit gab es eine Menge Stellungnahmen von CSU-Politikern, aus der Wirtschaft, von den Kammern, die sich alle für die Beibehaltung aussprachen, bis dann schließlich am 16. Mai 1990 die Regierungschefs der elf Länder mit dem Bundeskanzler im Rahmen der Verhandlungen zum Staatsvertrag einen "Fonds deutsche Einheit" beschlossen, in den der Bund im Laufe der nächsten Jahre insgesamt 20 Milliarden Mark aus ersparten Kosten der Teilung einbringt. Auf Nachfrage erklärte Finanzstaatssekretär Dr. Albert Meyer am 1. Juni im Landtag, daß die Leistungen (Zonenrandförderung) innerhalb von sieben Jahren abgebaut werden sollen. Er könne aber nicht absehen, welche Bereiche im einzelnen zu welchem Zeitpunkt betroffen sein werden. Für 1990 und 1991 sehe die Staatsregierung aber "noch keine Auswirkungen für das bayerische Zonenrandgebiet". Ein "weiteres Stück der Salami" ließ man dann den schon zitierten Bonner EG-Vertreter abschneiden.

Die SPD hat wiederholt bekräftigt, daß für sie ein Abbau der Zonenrandförderung nicht in Frage kommt. Sie meint, daß sie heute wichtiger denn je ist und sogar ausgedehnt werden muß auf die Nachbarregionen der DDR. Wir sehen uns in dieser Forderung mit den Industrie- und Handelskammern des bayerischen Grenzlandes einig, die eine Anpassung der Zonenrandförderung an die neuen Gegebenheiten fordern und feststellen, daß sich die Probleme mit der Öffnung der Grenze allein "nicht von heute auf morgen lösen" lassen.

Nachdem die CSU den Finanzminister in Bonn stellt und die Vertreter der bayerischen Staatsregierung den "Abbau-Beschluß" mitgetragen haben, ist es auch ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die bisherigen Grenzgebiete nun nicht in das Vereinigungsloch fallen. Die CSU-Regierung trägt auch die Hauptverantwortung für die Förderungsbedürftigkeit weiter Teile Bayerns an den bisherigen Grenzen, da sie es über die Jahrzehnte hinweg versäumt hat, das Gefälle zwischen dem Süden und dem Norden Bayerns auszugleichen und für gleiche Lebensbedingungen zu sorgen. Wir fordern die Staatsregierung daher auf, nicht nur dafür zu sorgen, daß die von der EG und Bonn getragene Zonenrandförderung durch Förderungsmittel des Freistaates ersetzt, sondern auch die schon bisher in Ihrer Eigenverantwortung liegende Infrastrukturförderung ausgeweitet wird. Dazu ist es auch erforderlich, daß endlich eine Entwicklungs-Konzeption vorgelegt wird. Vorschläge der SPD - zum Beispiel die Schaffung von Entwicklungsachsen - liegen auf dem Tisch.

Bisher hat die CSU-Regierung konkrete Aktivitäten vermissen lassen. Der Ministerpräsident schweigt und seine Minister und Staatssekretäre halten allenfalls Sonntagsreden. Es ist schlicht unverantwortlich, mit den Händen im Schoß darauf zu warten, daß sich das bisherige Grenzland zum Herzstück Europas oder zur Drehscheibe entwickelt beziehungsweise die Brückenfunktion einnimmt, wie alle die schönen Versprechungen heißen. Das läuft nicht von allein. Hier müssen Impulse gegeben und Einfluß auf die Gestaltung der wieder zusammenwachsenden Regionen genommen werden. Wer, wie die CSU, die Hoffnung allein auf den Regelungsmechanismus der Marktwirtschaft setzt, provoziert Strukturen, die die bisherigen Grenzgebiete lediglich zum Durchreisen mißbrauchen und damit der Bevölkerung allenfalls schlechte Luft aber keinesfalls eine Blutauffrischung bescheren.

(-/29.6.1990/rs/ks)

\*\*\*\*\*